

Annoncen-Annahme-Bureau. In Posen außer in der Expedition dieser Zeitung (Wilhelmstr. 17) bei C. H. Müller & Co. Breite-Str. 14. in Gnesen bei Ch. Spindler, in Grätz bei F. Streifand, in L. eserich bei Ph. Matthias.

Posener Zeitung.

Dreiundachtzigster Jahrgang.

Annahme-Bureau. In Berlin, Breslau, Dresden, Frankfurt a. M., Hamburg, Leipzig, München, Stettin, Stuttgart, Wien: bei C. F. Naube & Co., Haasenfein & Vogler, Rudolph Mosse. In Berlin, Dresden, Göttingen beim „Invalidendank“.

Nr. 329.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 4 1/2 Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Donnerstag, 13. Mai.

Inserate 20 Pf. die sechsgeplante Petitzeile ober deren Raum, Reklamen verhältnismäßig höher, sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

1880.

Amtliches.

Berlin, 12. Mai. Der König hat geruht: dem Legations-Sekretär Friedrich Wilhelm von Kleist zu Lissabon die Kammerjunker-Würde zu verleihen; sowie den Rittergutsbesitzer Bernhard Karl Donner auf Hochorn im Kreise Ploen in den Adelstand zu erheben. Der König hat geruht: dem Rechtsanwalt und Notar, Justizrath Gullmar in Köslin den Charakter als Geheimer Justizrath zu verleihen. Der König hat geruht: den Hofkammerrath Johann Wilhelm Arnold in Berlin zum Konsistorialrath und Mitglied des Konsistoriums der Provinz Brandenburg zu ernennen.

Politische Uebersicht.

Posen, 13. Mai.

Es wird kaum mehr zu bezweifeln sein, daß die Vorlage wegen diskretionärer Handhabung einiger Bestimmungen der kirchenpolitischen Gesetze in der That bereits die Sanktion des Staatsministeriums erhalten hat und dem Abgeordnetenhaus bald nach seiner Wiedereröffnung zugehen wird. Auch der Reichskanzler hat das in seiner neulichen Rede angedeutet. Die Nachsessen, deren Aufgabe man anfangs allein auf die Berathung der Verwaltungsgesetze beschränkt glaubte, wird dadurch ein ganz eigenartiges Gepräge und eine sehr weitreichende Bedeutung gewinnen. Wie die Stellung der Parteien zu dieser Vorlage sich gestalten wird, ist eintheilen ziemlich müßig zu untersuchen; es liegen noch viel zu spärliche Anhaltspunkte zur Beurtheilung des eigentlichen Inhalts dieses Gesetzes vor, und es wird bis auf weiteres weder vom Centrum noch von den Nationalliberalen vorausgesagt werden können, wie sie sich zu dem Antrag stellen werden. Die Vorlage hält sich nach Allem, was darüber verlautet, so weit außerhalb des Rahmens der regelmäßigen Gesetzgebung, sie widerspricht in gewissem Sinne dem Grundbegriff derselben so stark, daß jedenfalls nur ganz eigenartige politische Verhältnisse und Ermäßigungen eine so außergewöhnliche Maßregel rechtfertigen könnten und die Beschränkung auf eine gewisse Probezeit eine unerlässliche Forderung sein wird. Ob gerade Herr v. Puttkamer, dem der Reichskanzler neulich erst bezeugte, er sei vielleicht der Kurie schon zu weit entgegengekommen, der rechte Mann ist, um ihm die Entscheidung über die Art und Weise der Handhabung kirchenpolitischer Gesetzesbestimmungen anzuvertrauen, wird die liberale Seite des Abgeordnetenhauses erst zu erwägen haben. Der Kultusminister ist in der Regierung unstreitig am meisten der Vertrauensmann derjenigen, aus Konservativen und Centrum bestehenden parlamentarischen Kombination, die der Reichskanzler vor wenigen Tagen scharfer als irgend Jemand verurtheilt hat. Wenn der Minister den ultramontanen Wünschen bisher nicht noch weiter entgegengekommen ist, so lag es schwerlich an seiner mangelnden Neigung, sondern an den strikten Vorschriften der Gesetze, an denen der persönliche Wille eines Ministers eine Schranke findet. Wie die Sachen heute liegen, fehlen uns sehr die Garantien, die uns eine Lockerung der Gesetzesvorschriften einem Frieden zu liebe, von dessen Aussehen und Charakter sich noch Niemand eine Vorstellung machen kann, leicht hinnehmen lassen.

Das Gesetz über den Schlachthauszwang gehört zu denjenigen kleineren Gegenständen, welche in der bevorstehenden Nachsessen des Landtages noch zu Stande kommen dürften. Jedemfalls liegt ein dringendes Bedürfnis vor, die Materie gesetzlich zu regeln, da die jetzigen Zustände zu Uebelständen führen, deren Abhilfe auf anderen Wegen vergeblich angestrebt worden ist.

Die „Kreuz-Ztg.“ schreibt im Rückblick auf die abgelaufene Reichstagsession in sichtlich unbehaglicher Gemüthsverfassung: „Es kann in der That nicht behauptet werden, daß der Reichstag als solcher mit besonderer Befriedigung über seine innere Gestaltung am Schluß dieser Session auseinandergeschieden ist. Die neben den Faktionen der Rechten maßgebenden Faktoren, die nationalliberale und die Centrumpartei, sind beide nicht in der Lage gewesen, mit Sicherheit aufzutreten und demgemäß mit Sicherheit über ihr Auftreten vortheilhaft zu urtheilen zu lassen. Das Centrum hielt es vor Regelung der nachhaltigen Verhältnisse nicht für angezeigt, der Reichsregierung eine über innere Zerfahrenheit und äußeren Führerlosigkeit eben so wenig wie im Stande. Daß die beiden Faktionen der Rechten zusammen zu einer Zeit nicht stark genug sind, um allein eine Entscheidung an ihrer Einnüthigkeit und an ihrem klaren und festen Willen hat es nicht; die Rechte trifft deshalb in keiner Weise eine Verantwortung, wenn diese Session nicht so erfolgreich gewesen ist, wie sie hätte gemacht sein will.“

Letzteres glauben und wünschen auch wir von ganzem Herzen. Es fehlt nicht an liberalen Zeitungen, welche die Session in optimistischem Sinne besprechen und aus der selben nur die definitive Absage des leitenden Staatsmanns an das Centrum herausheben. Auch sie aber verweisen den Reichskanzler darauf, daß er dann seine Politik so einrichten müsse,

daß ihn die Liberalen unterstützen können. Darin aber liegt eben die Schwierigkeit. Der Reichskanzler hat sich in sein Zoll- und Steuerprogramm, um dessen willen er die Liberalen fallen ließ, um mit Centrum und Konservativen zusammenzugehen, so verpflichtet, daß er jetzt nicht plötzlich wieder von demselben ablassen kann, selbst wenn er wollte. Ohne eine solche Umkehr läßt sich aber nicht absehen, wie eine konservativ-liberale Mehrheit hergestellt werden soll. Heute ist eine solche schwieriger als je zu erreichen; wäre jener Stein des Anstoßes nicht, so wäre Alles einfach zu arrangiren. Der Reichskanzler brauchte bloß mit einem klaren Programm an die Liberalen, die Freikonservativen und an das Volk zu appelliren, und die künstlich gemachte konservativ-kerikale Majorität wäre sofort wieder zerfallen; aber der Kanzler ist eben nicht mehr frei; er kann nicht mehr handeln wie er will, und das ist die Achillesferse seines Systems, wonach die Person des Ministers das Bleibende, die Verwendung der Parteien das Wechselnde ist. Die Konservativen (man vergleiche die neuesten Auslassungen der „Kreuzzeitung“) hoffen immer noch, trotz der Aeußerungen des Reichskanzlers, auf eine Annäherung des Centrums an ihre Partei. Die Unterfützung, welche man früher durch die Liberalen gefunden, wird geradezu bedauert und erklärt, daß man viel lieber stets mit dem Centrum gehen würde. Gerade dies aber muß sich das deutsche Volk immer vor Augen halten, daß nach der eigenen Meinung der Konservativen ein Regiment ihrer Partei nur Hand in Hand mit dem Centrum denkbar ist. Zur Verwirklichung solcher Träume wird gewiß kein vernünftiger Mensch die Hand bieten wollen.

Im Auslande hat die Rede des Reichskanzlers natürlich das größte Aufsehen erregt. Die „Times“ bespricht die Eventualität seines Rücktritts mit der Ruhe, mit welcher man in England einen Kabinettswechsel zu diskutieren pflegt. Die Erörterung scheint uns aber eine ziemlich akademische zu sein. Die französischen Blätter knüpfen an die Rede schadenfrohe Auslassungen über den raschen Verfall des deutschen Reiches. Das ließ sich vorhersehen. Der Wunsch ist dort der Vater des Gedankens.

Nach Mittheilung eines berliner Blattes soll Herr Staatsminister Dr. Delbrück beabsichtigen, die Frage des Grenz-zolls auf der Erde demnächst in einer Broschüre zu behandeln. Es wäre das ein um so dankenswertheres Bemühen, als nicht nur in weiten Kreisen noch zum Theil mangelhafte Vorstellungen über die tatsächliche und rechtliche Bedeutung dieser Frage herrschen, sondern weil es auch von hohem Interesse ist, über die „saturnische Politik“ des Ministers Delbrück, von der Fürst Bismarck im offenen Reichstage sprach, den beschuldigten Theil selber zu hören.

Unsere Leser werden im „Telegraphischen Spezialbericht“ der „Posener Ztg.“ von heute früh die Erklärung des „Reichsanzeigers“ gegen den Abg. Birchow betreffs des von diesem zitierten Briefes des Fürsten Bismarck an den Finanzminister Bitter über den Hamburger Freihafen gelesen haben. Herr Birchow wird die Antwort nicht schuldig bleiben, falls das Dementi, wie ja so oft geschieht, sich nur an formelle Nebensachen klammert.

Beim Beginn der Montags-Sitzung des österreichischen Abgeordnetenhauses wurde ein Antrag des Abgeordneten Grafen Wurmbbrand auf Erlassung eines Sprachengesetzes unter Festhaltung der deutschen Sprache als Staatssprache eingebracht. Der Antrag soll einem Ausschusse von 36 Mitgliedern zur Vorberathung zugewiesen werden. Die Rechte ist von dem Beschluß des Klubs der Liberalen, die Niederlegung eines Vierundzwanziger-Ausschusses zur Prüfung der Interpellations-Beantwortung über die Sprachen-Verordnung zu beantragen, unangenehm überrascht. Sie erblickt darin nur das Bestreben, den Abschluß der Reichsraths-Verhandlungen zu verzögern und stimmt deshalb auf ein Mittel, die erste Lesung des Antrages des Klubs der Liberalen zu verhindern. Ob ihr dieses Manöver gelingen wird, bleibt vorerst abzuwarten; dem Antrage des Klubs der Liberalen ist inzwischen auch der Fortschrittsklub einstimmig beigetreten.

In Frankreich rückt die für die Ausführung der Märzdekrete festgesetzte dreimonatliche Frist immer näher. Während das benachbarte Belgien alle Anstalten getroffen hat, um sich vor dem Einbringen der aus Frankreich ausgewiesenen geistlichen Kongregationen zu schützen, wiegen sich die französischen Kerikalen noch immer in der Hoffnung, das Kabinet Freycinet-Ferry würde im letzten Augenblicke Bedenken tragen, die erwähnten Dekrete auszuführen. Der „Figaro“ will sogar wissen, daß der Konseilpräsident Herrn Waddington, der unlängst in Rom verweilte, mit der vertraulichen Mission versehen habe, beim Papste als Mittelsperson zu dienen. Obgleich von Paris aus diese Nachricht des „Figaro“ formell für unrichtig erklärt wird, kann dieselbe doch als Illustration der in den ultramontanen Kreisen vorherrschenden Auffassung dienen.

„Der Waddington, der ehemalige Minister“, schreibt das Blatt, „hatte von Herrn de Freycinet eine Spezialmission beim h. Stuhle erhalten. Er sollte den Papst über die Lage der religiösen Kongregationen in Frankreich aufklären und demselben die Nothwendigkeit begreiflich machen, sorgfältig alles zu vermeiden, was die Opposition der Katholiken und des Episcopates ermuthigen könnte. Herr de Freycinet lag daran, daß der Papst aus Besorgnis, das Konkordat von der Regierung der Republik gefündigt zu sehen, sich enthielte, an dem gegen die religiösen Orden geführten Kampfe theilzunehmen. Mit dieser Mission hat Herr Waddington vollständig Schiffbruch gelitten. Der Papst bedurfte durchaus nicht der Erleuchtung von Seiten des Herrn Waddington, um zu befehlen, welches die ihm von den Umständen auferlegte Mesere ist. Was den Verzicht auf die Vertheidigung der Rechte der religiösen Freiheit anbetrifft, so würde sich der Papst nicht auf den Rath eines Protestanten dazu entschließen können. Aber der Vatikan hat sich gebüht, die Dinge zu brüskiren; Herr Waddington hat ausgezeichnete Worte mit nach Hause genommen, die an der beklagenswerthen Situation nichts ändern, welche durch die Dekrete vom 29. März geschaffen worden ist.“

Diese Mittheilungen des „Figaro“ bezwecken offenbar, das Gouvernement rathlos und schwach erscheinen zu lassen. Das Blatt will dem auch weiter wissen, daß das Gouvernement noch einen anderen Unterhändler, den Abbé Rouquette, an den Cardinal Nina gesandt habe, welcher die Mission habe, „nicht bloß bezüglich der Kongregationen im Allgemeinen, sondern auch hinsichtlich der Jesuiten“ einen Mittelweg vorzuschlagen. Allem Anscheine nach kann diese Meldung keine größere Glaubwürdigkeit beanspruchen als der Hinweis auf die vertrauliche Mission des ehemaligen Konseil-Präsidenten.

Die „Abbitte“ Gladstone's hat in England die Gemüther ersichtlich sehr erregt. Sie muß allerdings schmerzlich für alle diejenigen Engländer sein, welche sich in großem Patriotismus für Gladstone begeisterten, als derselbe den grotesten Wahlcoup machte und die nationale Ehre Englands für verlegt erklärte, „weil Lord Beaconsfield ein Lakai der österreichischen Politik und ein Geschöpf Bismarck's sei“. Der Muth und die Bloßstellung Gladstone's sind entschieden gleich groß. In den Augen der Engländer überwiegt vorläufig die letztere. Der „Globe“ nennt es das merkwürdigste Dokument, worin ein englischer Premier vor einem fremden Gesandten in den Staub sich wirft und in dieser unterwürfigen Lage sich demüthigt, ohne eine Miene zu verziehen. In nächster Woche findet eine große Versammlung der Konservativen statt, wobei Lord Beaconsfield ein ausführliches Expose über Erhaltung und Aussichten der konservativen Partei entwickeln wird.

Ein Privattelegramm des „B. Tgblts.“ aus Wien meldet: „Gladstone's pater peccavi gegen Oesterreich macht hier enormes Aufsehen und erweckt natürlich auch die größte Befriedigung. Diplomatische Kreise erblicken in Gladstone's Widerruf einen glänzenden Erfolg des Barons Haymerle, dessen Stellung dadurch stark gefestigt wird.“

Die englische Presse beschäftigt sich vorwiegend mit dem dem neuen Kabinet zugeschriebenen Orientpolitik, die zunächst ihren Ausdruck findet in der Entsendung Mr. Goschen's in Spezialmission nach Konstantinopel. Die dem Volschafter mitzugebenden Spezialinstruktionen sollen einer Meldung des „Standard“ zufolge nachstehende Hauptpunkte enthalten:

Eine Vergrößerung des montenegrinischen Territoriums, eine Zession von Epirus und Thessalien an Griechenland, die Verwandlung Macedoniens in eine autonome Provinz wie Rumelien, eine wirkliche Reform in Armenien, welche aller Unterdrückung der Christen ein Ende macht.

Der „Statist“ erblickt in der Wahl Mr. Goschens ein gutes Omen für die Orientpolitik der Regierung. Es sei bekannt, daß derselbe die Agitation bezüglich der bulgarischen atrocitäten mißbilligt und seine Unabhängigkeit durch seine Ablehnung der indischen Statthalterschaft und eines Sitzes im Kabinet bewiesen habe, und dürfe darauf gerechnet werden, daß er die Interessen Großbritanniens nicht leichtsinnig aufs Spiel setzen und abenteuerliche Kollisionen mit anderen Mächten herbeiführen werde. Aus seiner erstmaligen Weigerung, diesen Posten anzunehmen, sei zu schließen, daß er später die Zusicherung erhalten habe, daß die ganze Macht Englands hinter der Politik stehe, die er zu vertreten habe.

„Der Observer“ erörtert die Frage, ob England auch Willens und in der Lage sei, eine Lanze für die Ausführung des Gladstone'schen Programms zu brechen. Der ganze Verlauf der Ereignisse, seit Abschluß des Berliner Vertrags, beweise, daß sowohl Rußland als Oesterreich die Unabhängigkeit der Balkanstaaten als ein leeres Wort betrachten und beide Mächte danach trachten, jene Staaten mehr oder minder unter ihre Kontrolle zu bringen; Rußland aus traditioneller Politik, Oesterreich aus Gründen berechtigter Vorsicht.

Ist unsere Regierung — fragt „Der Observer“ — im Stande und gewillt, sowohl Oesterreich als Rußland mit der Drohung entgegenzutreten, sich auf Seiten des Gegners von dem zu stellen, welcher zuerst den Frieden bricht oder die Unabhängigkeit der kleinen Staaten bedroht? und dürfte — dies vorausgesetzt — diese Drohung genügen, um den Friedensbruch zu verhindern und jene Staaten in den Stand zu setzen, ohne Belästigung von Seiten der beiden rivalen Mächte sich der Entwicklung unabhängiger und volksthümlicher Institutionen zu widmen? Wäre dies nicht der Fall und erwiesen wir uns als machtlos, den

